

Antrag Nr. 20

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

EINGEGANGEN
13. NOV. 2006
Büro Stadtv.versammlung

Die Linke / Liste Solidarität
Rathaus Rüsselsheim
Fraktionsbüro 314

Telefon 06142/794711 / 12 / 13
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de
Internet: www.liste-solidaritaet.de

An den Magistrat
über das Büro
der Stadtverordnetenvorsteherin
z. Hd. Frau Breuning

Rüsselsheim, 13.11.2006

Betrifft: Kinderarmut in Rüsselsheim - Mittagessen

Antrag zur Verweisung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt dafür Sorge zu tragen, dass in den städtischen Kindertagesstätten und Betreuungsschulen alle Kinder die dies möchten einen diskriminierungsfreien Zugang zu einem Mittagessen erhalten.

Begründung:

Bedingt u.a. durch die im Rahmen von Harz IV erfolgte Verkürzung der Zahlung von Arbeitslosengeld, der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und des auch in Rüsselsheim expandierenden Niedriglohnsektors (Stichwort: working poor) gibt es in der Stadt ein deutliches Ansteigen von Armut und Kinderarmut. In Rüsselsheim liegt die Kinderarmutsquote deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Im März 2006 lebten in Rüsselsheim von 9175 Kindern zwischen 0 und 15 Jahren 1713 von Leistungen zur Grundsicherung nach SGB II (Hartz IV), das entspricht einer Quote von 18,6%. Da auch in Rüsselsheim von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden muss, dürfte mehr als jedes 5. Kind von Armut betroffen sein.

Konkret bedeutet dies, dass zahlreiche Kinder in hohem Maße vom normalen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Musikunterricht, Zoo- oder Kinobesuch sind

ebenso unbezahlbar wie ein zusätzlicher Computerkurs und eventuell sinnvolle Nachhilfe. Für Kinder wird die Armut ständig bewusst, da sie in der Schule dem täglichen Vergleich mit Bessergestellten ausgesetzt sind. Konsumfetischismus und Markenwahn treffen sie besonders. In den vergangenen Wochen haben uns wiederholt Berichte erreicht, dass Kinder, die nicht zum Mittagessen in den Betreuungsschulen angemeldet sind, über Hunger klagten und um Essen baten. Wir erreichen hier also die Grenze, wo relative in absolute Armut übergeht. Ein soziales Gemeinwesen hat die Aufgabe, dem Ausschluss (Exklusion) von Menschen entgegen zu wirken, indem in Grundbereichen eine für alle gleiche Versorgung sichergestellt wird.

Für die Fraktion „Die Linke/Liste Solidarität“



Yeter Ayboga